

# Der Kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R P D.

## Konsumvereine im Metallarbeiterkampf

In dem bedeutungsvollen Metallarbeiterkampf an Ruhr und Rhein, den die reformistischen Führer im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik so schamlos verraten haben, spielten die Arbeiterkonsumvereine eine größere Rolle als in diesen anderen wichtigen Kämpfen und die reformistischen Genossenschaftsführer machten ein geschicktes Mandat.

Sofort nach Ausbruch des Kampfes wurde zwischen dem Metallarbeiterverband und den Konsumvereinen des Ruhrgebietes eine Vereinbarung getroffen, nach der sich die Konsumvereine bereit erklärten, an ihre Mitglieder auf die Güterpreise der Gewerkschaften — für die Hälfte der Unterstützungsgelder der Gewerkschaften — für die Hälfte der Unterstützungsgelder der Konsumvereine zu gewähren. Die Konsumvereine Essen, Düsseldorf und andere haben ihren Mitgliedern nähere Einzelheiten über die Vereinbarung mit den Gewerkschaften mitgeteilt. Z. B. hat der Konsumverein Essen bekanntgegeben, daß ausgesperrte Arbeiter, die nicht Mitglied des Konsumvereins sind, sofort Mitglied werden können. Das Eintrittsgeld sollte solchen neuem Mitgliedern gestundet werden. Gleichzeitig erklärte sich der Essener Konsumverein bereit, den Genossenschaftsmitgliedern, die von seiner Seite Unterstützung bezögen, einen Kredit bis zur Höhe des eingezahlten Geschäftsgeldes einzuräumen, der in wöchentlichen Raten in Waren bis zu 6 Mark zur Auszahlung gelangen sollte. Der Düsseldorfer Konsumverein ist in ähnlicher Weise verfahren.

Sogar die reformistische Zeitung des Zentralverbandes in Hamburg hat in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ die Mitglieder über diese Vereinbarung informiert und sich in einem weiteren Artikel gegen die Einwände der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ und „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ gewandt.

Am 25. November tagte in Düsseldorf eine besondere Konferenz der Reichs- und Bezirksräte der Konsumgenossenschaften von Rheinland-Westfalen, die sich mit den Unterstützungsmaßnahmen befaßte. Der Verbandsschreiber Schütz erklärte, daß die Konsumgenossenschaften in diesem Kampf nicht neutral bleiben könnten. In einer besonderen Entscheidung sprach diese Konferenz den Metallarbeitern „ihre warmen Sympathien aus“. Gleichzeitig wurde von den Gewerkschaften gefordert, daß sich ihre Mitglieder von den Werkskonsumvereinen lösen und den Arbeiterkonsumvereinen beitreten. In dieser Konferenz zeigten sich die Worte und Taten der Reformisten schon deutlicher. Die von dem Genossen Julius Kerschke geforderte Unterstützung des Kampfes durch den ganzen Zentralverband bezeichnete Kerschke als einen „Hörschuhstreich“. Ein von dem Genossen Albrecht Kerschke eingebrachter Antrag, für die ausgesperrten eine Sammlung unter den Angehörigen zu veranstalten, wurde mit höflichen Bemerkungen abgelehnt.

In den letzten Jahren haben wohl einzelne Konsumvereine ihre an Kämpfen beteiligten Mitglieder teilweise unterstützt. Eine gemeinsame Vereinbarung mit den Gewerkschaften, wie beim Kampf im Rhein- und Ruhrgebiet in letzter Zeit nur getroffen worden. Bei keinem der letzten Arbeiterkämpfe haben

die Konsumvereine ihren Mitgliedern Kredite eingeräumt, wie das der Essener Konsumverein in diesem Kampf tat. Bei den früheren Unterstützungen haben sich die reformistischen Führer auch nicht bereit erklärt, denjenigen Arbeitern Unterstützung zu gewähren, die sofort der Genossenschaft beitreten. Die von den Konsumvereinen zur Verfügung gestellte Unterstützung ist auch ihrem Umfang nach gering gewesen und die Genossenschaften hätten im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit viel mehr Unterstützung gewähren können. Die reformistischen Führer haben aber im Hüttenarbeiterkampf eine schwere Taktik eingeschlagen als in den vorher stattgefundenen Kämpfen.

In all ihren Reuegerungen betonen die reformistischen Genossenschaftsführer, daß es sich bei diesem Kampf um eine Aussperrung der Arbeiter und um keinen Streit der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum handele. Die reformistischen Führer rechneten bei diesem schweren Kampf mit einem größeren Druck der Genossenschaftsmitglieder für die proletarische Klassen-solidarität der Konsumvereine. Die von der Opposition aufgestellten Forderungen für die Unterstützung des Kampfes hätten unter den Genossenschaftsmitgliedern eine so weitgehende Unterstützung gefunden, daß sich die reformistischen Führer nur schwer gegen jedwede Unterstützungsmaßnahmen wehren konnten. In den am 28. Oktober — also kurz vor der Ausperrung — in Essen und Bochum stattgefundenen Vertreterversammlungen ließen die reformistischen Führer die von der Opposition gestellten Forderungen wegen der Unterstützung der Arbeiterkämpfe niederzulegen, ohne irgendeine Erklärung abzugeben, was sie für eine Stellung im Kampf einnehmen werden. Da auch die unter dem Einfluß des Zentrums stehenden christlichen Vereine des Reichsverbandes vor der Ausperrung ihren Mitgliedern eine teilweise Unterstützung versprochen und also ebenfalls ein taktisches Mandat machten, blieb den reformistischen Genossenschaftsführern nichts anderes übrig, als den Genossenschaftsmitgliedern gewisse Unterstützungen zu gewähren.

Die reformistischen Führer betrachten schon selber die den Mitgliedern gewährten Unterstützungen als keinen Ausdruck der proletarischen Klassen-solidarität der Konsumvereine, sondern ein „Werk der Nächstenliebe“. Sie begründen in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 1. Dezember ihren Schritt damit, daß die Unterstützung in Not befindlicher Mitglieder die Förderung „der Wirtschaft“ bedeute. Die reformistischen Führer lehnten es ab, der großen Mehrheit der ausgesperrten Metallarbeiter — die unorganisiert waren — eine Unterstützung zu gewähren. Wie die reformistischen Genossenschaftsführer, so traten auch die Genossenschaftsreformisten dafür ein, daß durch die Verweigerung der Unterstützung an die Unorganisierten die einheitliche proletarische Kampffront erschüttert werden konnte. Obwohl die Instanzen des Zentralverbandes in Hamburg als auch die reformistischen Führer im Rhein- und Ruhrgebiet weigerten sich, zum Ausbau der genossenschaftlichen Unterstützung eine zentrale Hilfsaktion in allen Konsumgenossenschaften zu organisieren, hat die Vertreterversammlung der Konsumvereine Chemnitz, Stuttgart, Berlin usw. lehnten die reformistischen

Führer die von der Opposition eingereichten Anträge für die Unterstützung der Metallarbeiter und die Organisation einer zentralen Unterstützungsaktion ab. Das war also die doppelwichtige Rolle der Reformisten, die einmal erklärten, daß sie den Kampf der Hüttenarbeiter unterstützen wollten und die andererseits alle wirkungsvollen Unterstützungsmaßnahmen sabotierten.

Die Genossenschaftsmitglieder forderten die proletarische Klassen-solidarität der Konsumvereine im Hüttenarbeiterkampf. In den Versammlungen der Konsumvereine mit proletarischen Leitungen wurden nicht nur Anträge angenommen, die eine zentrale Unterstützungsaktion verlangten, sondern größere Beträge bewilligt, so z. B. durch Halle, Kemscheid, Werleburg, Schwarzenberg, Gotha, Limbach, Ammendorf, Steinheid, Lambach-Dietzhay. Hier wurden wertvolle Beispiele geschaffen, die der Arbeiterschaft zeigen, welche wichtige Rolle die Konsumvereine in den Arbeiterkämpfen spielen können. Wenn die Konsumvereine im Kampfgebiet und die reformistisch geleiteten Konsumvereine im Reich materiell noch nicht genügend geleistet haben, so liegt das auch an dem noch viel zu schwachen Einfluß der revolutionären Opposition.

Das taktische Mandat der reformistischen Führer im Hüttenarbeiterkampf muß in allen Genossenschaften entlarvt werden. Gleichzeitig gilt es aber, die Stellung der Konsumvereine im Hüttenarbeiterkampf anzunähern zu einer Verstärkung des Kampfes gegen die Werkskonsumvereine. Allen Arbeitern müssen die Aufgaben der Werkskonsumvereine als Teil des Betriebssozialismus verständlich gemacht werden. Die Gewinnung tausender revolutionärer Arbeiter für die Genossenschaften ist gerade jetzt eine wichtige Aufgabe. Der Einfluß der Opposition muß in allen Konsumvereinen verbreitet werden, damit in den neu bevorstehenden Kämpfen der Arbeiterschaft die Konsumvereine immer mehr proletarische Solidarität üben und zu Klassenkampforganisationen umgewandelt werden.

## Beispiele proletarischer Klassen-solidarität

Im Gegensatz zu den reformistisch geleiteten Konsumvereinen haben eine Anzahl Konsumvereine mit proletarischen Leitungen den kämpfenden Hüttenarbeitern proletarische Klassen-solidarität bewiesen. In der am 11. November stattgefundenen Vertreterversammlung des Konsumvereins Halle wurde beschloffen, 1000 Mark Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer Antrag verlangt die Einleitung einer zentralen Unterstützungsaktion. In der Vertreterversammlung des Konsumvereins Kemscheid wurde ein Beschluß angenommen, für den Kampf ebenfalls 1000 Mark zu bewilligen. Die Konsumgenossenschaft Werleburg beschloß in der Generalversammlung 500 Mark Unterstützung für die Ruhrarbeiter. Der Konsumverein Schwarzenberg bewilligte in seiner Vertreterversammlung 200 Mark Unterstützung. Eine Sammlung unter den Delegierten der Vertreterversammlung ergab einen weiteren Betrag von 55 Mark. Der Bezirkskonsumverein Gotha stellte 200 Mark Unterstützung zur Verfügung. Durch die Generalversammlung des Konsumvereins Limbach wurde eine zentrale Unterstützungsaktion für die Ruhrarbeiter gefordert und 2 Zentner Speck bewilligt. Konsumverein Steinheid bewilligte 100 Mark, Konsumverein Gräfenroda 100 Mark, Konsumverein Roda 50 Mark. Der Konsumverein Ammendorf bewilligte 100 Mark. Eine vom Konsumverein Lambach-Dietzhay durchgeführte Sammlung ergab einen größeren Betrag. Diese Angaben sind nur unvollständig, da sie nur einige Zeitungen einnehmen wurden.

## Befähigung russischer Zündholzfabriken durch die GEG?

Die GEG verbreitet wegen der auf dem deutschen Markt erscheinenden russischen Zündhölzer die Argumente des schwedischen Zündholzindustrials gegen die russische Zündholzindustrie. Anstatt die billigeren russischen Zündhölzer auf dem deutschen Markt zu begründen, führt die GEG Schuler an Schuler mit dem Schwedenklub den Kampf gegen die Einfuhr russischer Zündhölzer. Von der GEG wird auch die Nachricht verbreitet, daß sie im vergangenen Jahre Gelegenheit gehabt habe, eine Zündholzfabrik des russischen Zündholztrahlers besichtigen zu lassen. Bekanntlich haben die reformistischen Genossenschaftsführer Deutschlands seit Jahren abgelehnt, die sowjetrussischen Genossenschaften zu besuchen und ihre vielfältigen Erfahrungen zu studieren. Es ist nur bekannt, daß im Jahre 1925 der Geschäftsführer des Konsumvereins München, Hans Bauer, die sowjetrussischen Genossenschaften besucht hat. Die GEG unterstützt es natürlich, mitzuteilen, was die russische Zündholzfabrik beabsichtigt haben will. Solange darüber keine Erklärung abgegeben wird, muß angenommen werden, daß sich die GEG, auch hier nur auf die Wiedergabe von Argumenten des Schwedenklubs beschränkt.

## „Zollsenkungsaktion“ — neue Hungerzölle

Der Reichsrat hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, durch welchen 141 von insgesamt 200 Positionen des Zolltarifs geändert werden sollen. Die Zollsenkung soll in Ausführung der Empfehlung der Weltwirtschaftskonferenz erfolgen. Die Regierung hat der Empfehlung der Weltwirtschaftskonferenz auf Abbau der Zölle wohl zugestimmt, aber trotzdem schon wiederholt die Zölle für die Einfuhr wichtiger Artikel erhöht. Die Zollsenkungsaktion ist auch weiter nichts als ein Mandat der Koalitionsregierung zur Täuschung der Wähler. Die „Völkische Zeitung“ spricht von einer „Zollsenkungsaktion“ und nach dem „Berliner Tageblatt“ werden von der Zollsenkung nur solche Waren betroffen, deren Einfuhr kaum nennenswert ist und die, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch kein echtes wirtschaftliches Interesse beanspruchen können.

Während man von Zollsenkungen redet, werden neue Zoll-erhöhungen vorbereitet, wodurch der Zollsenkungswindstille offen aufgedeckt wird. Die Erhöhung des Zuckerszolls von 15 auf 25 Mark pro Doppelzentner ist schon so gut wie perfekt. Die sozialdemokratischen Wähler haben mit den Zuckerindustriellen zum Schein vereinbart, daß die Zollserhöhungen sich im Inlandspreis nicht auswirken sollen. Dabei soll aber den Zuckerindustriellen ein Produktionspreis von 21 Mark pro Doppelzentner garantiert werden. Die Zuckerzollerhöhung ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Koalitionspolitik auch die SPD offener zur Unterstützung der Hungerpolitik der Zucker- und Industriebarone zwingt. Auch gegenüber den weiteren Zollserhöhungen für Brot, Fleisch, Kunstseide, Holz usw. wagt die SPD, mit Rücksicht auf ihre Ministerkette nicht einmal eine Scheinopposition.

Die reformistische Genossenschaftsbürokratie ist ebenfalls völlig passiv, und selbst die früher üblichen lahmten Proteste bleiben aus. Das Verhalten der Genossenschaftsführer wundert niemand, der die Logik der reformistischen Politik kennt; auch im Kampf gegen die Hungerpolitik steht die kommunistische Partei wieder allein, und es ist ihre Aufgabe, für diesen die wertvollen Schichten zu mobilisieren. Die proletarischen Mitglieder in den Konsumvereinen haben zur Unterstützung dieses Kampfes die Pflicht, in allen Genossenschaftsversammlungen die neuen Zollsenkungspläne der sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung zu behandeln, um auch die Genossenschaftsmitglieder gegen diese Angriffe auf ihre Lebenshaltung in Bewegung zu bringen.

## Neue Ausschüsse in Berlin und Bochum

Die reformistische Bürokratie des Konsumvereins Berlin hat durch die schon vor einigen Jahren durchgeführten Ausschüsse den Kommunisten ihren Zorn nicht erreicht, denn durch Urteile des bürgerlichen Klostersgerichts wurden die Ausschüsse für nichtig erklärt. Nunmehr hat im Auftrag der Vorstand und Aufsichtsrat die Genossen Reintisch, König, Oberdörfer, Schäfer und Vogel aus der Genossenschaft ausgeschlossen. Den Genossen wird vorgeworfen, daß sie durch ihre Vorwürfe für eine proletarische Genossenschaftspolitik in Generalversammlungen und Presse die Genossenschaft „schädigen“ und deren Interessen „verletzen“ gehandelt haben sollen. Am 12. November abgehaltenen Generalversammlung hatte die reformistische Bürokratie eine

16 Druckseiten umfassende Ausschlußbescheide den Delegierten unterbreitet. Die von den Genossen an die Generalversammlung gerichteten Einprüche wurden gegen die Stimmen der Opposition und einiger sozialdemokratischer Delegierter abgelehnt.

Das durchgeführte Ausschlußverfahren stellte eine sozialdemokratische Komödie dar. Einem Genossen wurde nicht einmal die Möglichkeit gegeben, vor der von dem ungerichtlichen Ausschlußrat eingesetzten Ausschlußkommission persönlich zu erscheinen. Die Durchführung des Ausschlußverfahrens weist wiederum wichtige Merkmale gegen Statut und Genossenschaftsgesetz auf, so daß bei einer Anfechtung der Ausschüsse durch das Gericht der Ausgang nicht zweifelhaft sein dürfte.

Die reformistische Bürokratie des Konsumvereins Bochum schloß den Genossen Springer aus der Genossenschaft aus. Auch hier weist das Ausschlußverfahren Verstöße gegen Statut und Genossenschaftsgesetz auf.

In allen Genossenschaften müssen die Mitglieder gegen die Ausschüsse, die im Auftrag der SPD und deren Koalitionsinteressen durchgeführt werden, aus Schärfe gegen die Spaltungspolitik protestieren und für die Wiederaufnahme der ausgegliederten kämpfen.

## Drosselung der Gefrierfleischzufuhr bleibt bestehen

Einer Forderung des Städtetages entsprechend hatte die kommunistische Fraktion des Reichstages die Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 50 000 auf 150 000 Tonnen jährlich und die Verteilung durch Konsumvereine und Gemeinden beantragt. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages hat die SPD, ohne zu dem kommunistischen Antrag Stellung zu nehmen, demselben zugestimmt. Im Plenum des Reichstages brachte die SPD einen Antrag auf Wiederherstellung des früheren Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen noch in letzter Stunde ein. Der Antrag der SPD bedeutet natürlich nur Sand in die Augen ihrer Anhänger. In der Reichstags-sitzung vom 4. Dezember erbat die Reichsregierungsminister Dietrich im Namen der Reichsregierung um Ablehnung der Anträge. Das demagogische Mandat der SPD dürfte dadurch schon allein gekennzeichnet sein. Bei der Abstimmung haben aber Hermann Müller und Hilferding sich dementsprechend nicht an der Abstimmung beteiligt. Draußen im Lande wird die SPD ihre Anhänger wieder durch die Einführung ihres Antrages auf Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents irre zu führen versuchen. Wäre es der SPD auch nur einen Augenblick ernst mit der Verlangung der Industriebevölkerung mit billigem Gefrierfleisch, dann müßte sie es darauf ankommen lassen, die weitere Koalition mit dem Zentrum und der Volkspartei von der Unterstützung eines solchen An-

trages abhängig zu machen. Daß es sich auch hierbei um ein abgekartetes Spiel handelt, darüber kann kein Zweifel bestehen. Bezeichnend ist, daß die SPD auch jetzt wieder die Frage der Verteilung des Gefrierfleisches durch die Konsumvereine und Gemeinden nicht berührt hat, und daß es den Kommunisten im Reichstag überlassen blieb, diese Forderung zur Ausschaltung des amtlich festgestellten Gefrierfleischwarens zu begründen. Mit der Ablehnung des Antrages auf Erhöhung des zollfreien Gefrierfleischkontingents ist der Kampf um die Freisetzung der Drosselung der Gefrierfleischzufuhr nicht beendet. Im Rahmen des Kampfes gegen die Hungerzölle und Massenfeiern gilt es die Arbeiter gleichzeitig für die unbeschränkte Einfuhr des zollfreien Gefrierfleisches und deren Verteilung durch Konsumvereine und Gemeinden zu mobilisieren. Bei der Beratung über die Verlängerung des Zolltarifs wird diese Frage auch parlamentarisch wieder aufgerollt. Hierbei wird auch als parlamentarischer Antrag die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch für die genossenschaftlichen Einkaufszentralen von der kommunistischen Reichstagsfraktion gefordert werden. In allen Konsumvereinen sollte in Verbindung mit den Zollfragen auch in den nächsten Wochen erneut die Gefrierfleischfrage behandelt werden.

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Oskar Goerzle, 13 1/2 Berlin, Endstr. „Preston“, Telefon-Ordnungsbuch und Verzeichnisse-Ordnungsbuch, Abteilung Friedrichs-Platz, Berlin S 22, Kleine Ringstraße 2.